



Grabungsordnung
der Stadtgemeinde Ansfelden 2022

GR-Beschluss vom 19. April 2022

Inhalt

I. Allgemeines	3
§ 1 Anwendungen	3
§ 2 Bewilligung bzw. Anzeige	3
§ 3 Ansuchen	3
II. Grabungsarbeiten.....	4
§ 4 Beginn der Grabungsarbeiten.....	4
§ 5 Grabungssperre.....	4
§ 6 Durchführung der Grabungsarbeiten	5
§ 7 Funde	5
§ 8 Vermessungszeichen	5
§ 9 Verkehrseinrichtungen.....	5
§ 10 Lagerung des Aushubmaterials	5
§ 11 Auffüllen der Baugrube	6
III. Wiederherstellung der Verkehrsflächen.....	7
§ 12 Provisorische Wiederherstellung	7
§ 13 Beruhigungsfrist.....	7
§ 14 Endgültige Wiederherstellung der Verkehrsflächen.....	8
§ 15 Räumung und Säuberung der Baustelle.....	9
IV. Besondere Bestimmungen für Einbauten	10
§ 16 Ausschluss dinglicher Rechte	10
§ 17 Änderungen	10
V. Haftung und Ersatzvornahme.....	10
§ 18 Haftung	10
§ 19 Ersatzvornahme	11
VI. Schlussbestimmungen	11
§ 20 Rechtsnatur	11
§ 21 Wirksamkeitsbeginn	11

I. Allgemeines

§ 1 Anwendungen

- (1) Diese Vorschrift ist für alle Gemeindestraßen, Ortschaftswege, Güterwege, Radfahr-, Fußgänger- und Wanderwege und die dazugehörigen Anlagen (§ 1 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 8 Abs. 2 und 3 sowie § 12 Abs. 2 Oö. Straßengesetz 1991idgF.) anzuwenden.

§ 2 Bewilligung bzw. Anzeige

- (1) Für Aufgrabungen, darunter versteht man alle Eingriffe in den Straßenkörper, sowie für die Verlegung von Leitungen und sonstigen Einbauten im Straßengrund, ist eine Bewilligung der Stadtgemeinde Ansfelden erforderlich (§ 7 Abs. 1 OÖ Straßengesetz 1991).
- (2) Diese **privatrechtliche** Bewilligung ersetzt nicht die allenfalls nach anderen Vorschriften erforderlichen behördlichen Bewilligungen (z.B. StVO 1960 idgF., Luftfahrtgesetz, Fernmeldegesetz, **Starkstromwegerecht**, **baurechtliche** Vorschriften, ...).
- (3) Die Bewilligung erlischt, wenn nicht innerhalb von 30 Tagen nach ihrer Ausstellung die Grabungsarbeiten begonnen und danach nicht gehörig fortgesetzt werden. Eine Verlängerung dieser Frist ist zeitgerecht zu erwirken.
- (4) Die Bewilligung muss während der Bauarbeiten bei der Baustelle aufliegen. Sie ist auf Verlangen den amtlichen Kontrollorganen vorzuweisen.

§ 3 Ansuchen

- (1) Um die Erteilung einer Bewilligung nach § 2 Abs. 1 ist spätestens 6 Werktage vor dem **beabsichtigten** Baubeginn bei der Straßenverwaltung der Stadtgemeinde Ansfelden, Hauptplatz 41, anzusuchen.
- (2) Das Ansuchen um Bewilligung von Grabungsarbeiten ist vom Bauführer einzubringen. Werden Leitungen oder sonstige Einbauten im Straßenkörper verlegt, dann ist das Ansuchen überdies auch vom Bauherrn (künftigen **Verfügungsberechtigten** der Leitungen oder sonstigen Einbauten) zu unterfertigen.
- (3) Das Ansuchen ist in zweifacher Ausfertigung vorzulegen. Die Lage und Größe der Aufgrabung, weiters der Beginn und die voraussichtliche Dauer der Grabungsarbeiten sind darin auszuführen. Für Leitungen oder sonstige Einbauten sind außerdem Pläne betreffend die **Erteilung** der Grabungsbewilligung anzuschließen bzw. nachzureichen, in denen der Verlauf der Leitungen sowie die Art der Einbauten ersichtlich zu machen sind.

II. Grabungsarbeiten

§ 4 Beginn der Grabungsarbeiten

- (1) Mit den Grabungsarbeiten darf erst nach Erteilung der Bewilligung nach § 2 Abs. 1 bzw. nach dem im Ansuchen angegebenen Zeitpunkt sowie nach Erwirkung der allenfalls erforderlichen behördlichen Bewilligungen begonnen werden.
- (2) Kriegsmittelerkundung vor Grabungsarbeiten: Teile des **Stadtgebietes** Ansfelden sind als „gelbe Zone“ gem. ONR 24406 eingestuft (siehe Beilage).
- (3) Wenn es zur Koordinierung mit anderen Grabungsarbeiten erforderlich ist, kann von der Stadtgemeinde Ansfelden ein Termin festgelegt werden, zu dem mit den Grabungsarbeiten begonnen und abgeschlossen werden muss.
- (4) Bei unaufschiebbaren Maßnahmen (Rohrbrüchen, Gefahr in Verzug udgl.) kann mit den Grabungsarbeiten sofort begonnen werden, doch ist **spätestens** am folgenden Werktag das Ansuchen um Grabungsbewilligung vorzulegen. Auf die Bestimmung des § 90 StVO 1960 wird in diesem Zusammenhang besonders hingewiesen.
- (5) Der Bauführer hat sich vor Beginn der Grabungsarbeiten über die genaue Lage der in seinem Baustellenbereich vorhandenen Leitungen und sonstigen Einbauten sowie über die zum Schutze derselben **erforderlichen** Maßnahmen zu informieren.
- (6) Die Inhaber der Leitungen oder sonstigen Einbauten sind spätestens 48 Stunden vor Durchführung der **Grabungsarbeiten** zu verständigen. Ihren Anordnungen zum Schutz der Leitungen oder sonstigen Einbauten ist zu entsprechen. Wenn es ein dringendes Verkehrsbedürfnis erfordert, sind auf Anweisung der Stadtgemeinde Ansfelden die Grabungsarbeiten auch außerhalb der zu bestimmten Tagen/Tageszeiten durchzuführen.
- (7) Vor dem definitiven Beginn jeder Aufgrabung ist die Straßenverwaltung der Stadtgemeinde Ansfelden unter Angabe des genauen Zeitpunktes und des Ortes schriftlich oder telefonisch zu benachrichtigen.
- (8) Sind längere Straßensperren für die Grabungsarbeiten erforderlich, sind in Abstimmung mit der Straßenverwaltung die betroffenen Anrainer durch den Auftraggeber schriftlich zu informieren.

§ 5 Grabungssperre

In der Zeit vom 01.12 bis 01.03. eines jeden Jahres sowie für die in den vorangegangenen 5 Jahren neu hergestellten oder ausgebauten Straßenteile werden Aufgrabungsbewilligungen nur in dringenden, berücksichtigungswürdigen Ausnahmefällen erteilt. Das Vorliegen eines derartigen Ausnahmefalles ist im Ansuchen besonders zu begründen.

§ 6 Durchführung der Grabungsarbeiten

- (1) Die Grabungsarbeiten sind unter Einhaltung der bau- und straßenpolizeilichen und sonstigen Vorschriften von hierzu befugten Personen durchführen zu lassen.
- (2) Baugruben vor Hauseingängen oder Hauseinfahrten sind tragsicher zu überdecken, wenn dies zur Erreichung der Liegenschaft notwendig ist.
- (3) Zur Vermeidung von Setzungen der den Aufbruchstellen anschließenden Straßenteilen ist nicht ausreichend standsicheres Material durch Pölzung zu sichern. Treten dennoch Schäden in der anschließenden Straßendecke auf, so hat sich die Instandsetzung auf alle in Mitleidenschaft gezogenen Teile zu erstrecken. Pölzholz darf in der Künette bei der Wiederanschüttung nur dann belassen werden, wenn dies zwingende technische Rücksichten erfordern.
- (4) Minierungen dürfen nur mit besonderer Zustimmung der Stadtgemeinde Ansfelden/Straßenverwaltung vorgenommen werden.

§ 7 Funde

Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass Funde von geschichtlicher, künstlerischer oder kultureller Bedeutung unverzüglich dem Stadtamt Ansfelden anzuzeigen sind (§ 10 des Denkmalschutzgesetzes)

§ 8 Vermessungszeichen

Grenzsteine, Fixpunkte, Kilometersteine und dergleichen dürfen nicht entfernt, umgesetzt oder verschüttet werden. Ist im Einzelfall eine derartige Maßnahme unvermeidlich, dann ist die Stadtgemeinde Ansfelden vor Durchführung beizuziehen.

§ 9 Verkehrseinrichtungen

Auf die Bestimmungen des § 31 Abs. 1 StVO 1960, wonach es verboten ist, Einrichtungen zur Regelung und Sicherheit des Verkehrs zu beschädigen, unbefugt anzubringen, zu entfernen, zu verdecken oder in ihrer Lage oder Bedeutung zu verändern, wird besonders hingewiesen. Unbedingt notwendige Veränderungen an den Verkehrseinrichtungen dürfen nur im Einvernehmen mit der Straßenverwaltung der Stadtgemeinde Ansfelden vorgenommen werden.

§ 10 Lagerung des Aushubmaterials

- (1) Das Aushubmaterial ist an der Baustelle grundsätzlich so zu lagern, dass der Straßenverkehr möglichst wenig beeinträchtigt wird.
- (2) Verkehrseinrichtungen, Wassereinlaufschächte, Kanalgitter, Kanaldeckel, Schaltkästen, Hydranten, Abdeckungen der Erdkästen von elektrischen Weichen, Schieberkästen, Kellerfenster, Vermessungszeichen udgl. sind von

Materiallagerungen freizuhalten. Staubentwicklung auf und Verschmutzung der Verkehrsflächen sind tunlichst zu vermeiden. Zu Masten mit elektrischen Einrichtungen muss der leichte Zugang gewahrt bleiben.

- (3) Bäume und große Sträucher in der Nähe der Arbeitsstelle müssen durch Bretter am Stamm vor Verletzungen gesichert werden. In einem Radius von 1 m um den Stamm darf schweres Aushubmaterial nicht gelagert werden.
- (4) Wenn es im Interesse der Leichtigkeit, Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs notwendig ist, muss auf Anweisung der **Stadtgemeinde Ansfelden** das geförderte Aushubmaterial sofort weggebracht und an einem von der anordnenden Dienststelle **Stadtgemeinde Ansfelden/Straßenverwaltung** zu bestimmenden Ort gelagert werden.

§ 11 Auffüllen der Baugrube

- (1) Unmittelbar nach Beendigung der Einbau- oder sonstigen **Arbeiten** ist die Baugrube wieder aufzufüllen.
- (2) Den Inhabern von Leitungen oder sonstigen Einbauten ist auf ihr **ausdrückliches** Verlangen Gelegenheit zu geben, vor Zuschüttung der Baugrube die freigelegten Leitungen oder sonstigen Einbauten auf Beschädigung oder Schäden zu untersuchen.
- (3) Das Füllmaterial ist maschinell und in Lagen von 30 cm derart zu verdichten, dass eine optimale Dichte des ganzen Füllmaterials erreicht wird.
- (4) Das Füllmaterial darf weder gefroren noch durchnässt sein und muss zumindest bis zu einem Bereich von 1 m unter der Verkehrsfläche eine geeignete Körnung aufweisen. Größere Steine (über einem Durchmesser von 15 cm), Beton oder Mischgutbrocken müssen generell ausgeschieden werden. Wenn das geförderte Aushubmaterial diesen Anforderungen nicht oder nur teilweise entspricht, ist es durch Zusatz von entsprechend gekörntem Material zu verbessern, erforderlichenfalls überhaupt **auszuwechseln**. Im Zweifelsfall entscheidet darüber die **Stadtgemeinde Ansfelden**. Eine mind. 40 cm starke Frostschutzschicht und eine 10 cm starke mech. stabilisierte Kiestragschicht ist ebenfalls herzustellen.
- (5) Das **Einschlämmen** der Baugruben ist unzulässig
- (6) Hohlräume bei Minierungen sind mit Magerbeton aufzufüllen.

III. Wiederherstellung der Verkehrsflächen

§ 12 Provisorische Wiederherstellung

- (1) Nach ordnungsgemäßer Auffüllung der Baugrube ist die Verkehrsfläche provisorisch mit einer bituminösen Kiestragschichte in einer Stärke von mind. 12 cm (bei größeren Asphaltstärken die vorgefundene Asphaltstärke) zu verschließen. Die provisorische Wiederherstellung hat den Zweck, jene Teile der Verkehrsfläche, die über der ausgefüllten Baugrube liegen, **möglichst** rasch wieder dem ungehinderten Verkehr zur Verfügung zu stellen und ein gefahrloses Befahren des ausgefüllten Straßenkörpers zu ermöglichen.
- (2) Der Anschluss an die bestehenden Verkehrsflächen muss eben und ohne Überhöhung oder Absenkung gegen die Ränder ausgefüllt werden (entsprechend Ebenflächigkeit lt. RVS). Auf das gegebene Quer- und Längsgefälle ist Bedacht zu nehmen.
- (3) Setzungen des Verfüll Körpers sowie der anschließenden, durch die Grabung in Mitleidenschaft gezogenen Bereiche der Straße sind während der Dauer der Beruhigungsfrist (§ 13) unverzüglich ohne besondere Aufforderung und so oft wie erforderlich aufzufüllen und die Oberfläche entsprechend **instandzusetzen**.
- (4) Die provisorische Wiederherstellung der Verkehrsfläche ist innerhalb von 3 Tagen nach Fertigstellung der Stadtgemeinde Ansfelden/Straßenverwaltung, unter Angabe des Zeitpunktes, zu dem die Bauarbeiten beendet wurden, telefonisch oder per Email bekannt zu geben.

§ 13 Beruhigungsfrist

- (1) Provisorisch wiederhergestellte Verkehrsflächen sind mind. 6 Monate, max. 12 Monate (Beruhigungsfrist) zu belassen, um eine ausreichende Setzung des Auffüllmaterials zu erzielen.
- (2) Die Straßenverwaltung der Stadtgemeinde Ansfelden kann die Beruhigungsfrist verkürzen oder verlängern. Dies hängt von den Setzungen des Auffüllmaterials nach der provisorischen Wiederherstellung der Verkehrsflächen ab.
- (3) Die vorläufig instandgesetzte Straßendecke ist auf Gefahr und Kosten des Bauwerbers bis zur endgültigen Instandsetzung und Abnahme in verkehrssicherem Zustand zu erhalten.
- (4) Es ist zu berücksichtigen, dass sich im provisorischen Bauzustand (bis zur endgültigen Belagsherstellung) die Schichtstärke der bituminösen Tragschichte Fahrbahnen um 2,5 – 3,0cm, Gehsteige- Radwege um 2,0cm erhöht und damit gegebenenfalls ein Einbau in 2 Lagen (laut RVS) erforderlich wird.

§ 14 Endgültige Wiederherstellung der Verkehrsflächen

- (1) Die endgültige Belagsherstellung darf erst nach einer gesonderten festgelegten Setzungsfrist erfolgen. Die Wiederherstellung der Verkehrsflächen muss grundsätzlich in der Art des vorhandenen Bestandes bewerkstelligt werden. Vor Belagsaufbringung ist der Untergrund gemäß RVS zu reinigen und vorzuspritzen. Die Straßenverwaltung der Stadtgemeinde Ansfelden kann erforderlichenfalls Abweichungen oder Änderungen verlangen.
- (2) Der Übergriff (über die Künettenbreite hinausgehende Instandsetzungsbreite) muss ausreichend gewählt werden und ist abhängig von:
 - Stein- und Plattenformat
 - Verbandsart
 - Künettentiefe
 - Beschädigungen der Fläche außerhalb des Künettenbereiches
 - Verbleibende Restbreite zu Randeinfassungen, Gebäude, Einbauten undg.

Mindestbreite des Übergriffes ist je Künettenseite: z.B. (bei Spleisgruben) auf breiten Fahrbahnen, wobei im Einzelfall immer in Form eines Lokalauszeichnens entschieden wird, wie die Wiederherstellung zu erfolgen hat.

- 20cm auf Fahrbahnen
- 15cm auf Gehsteigen
- 35 cm bei Pflasterflächen mit gebundener oberer Tragschicht

Wobei grundsätzlich auf Geh- und Radwegen die gesamte Breite herzustellen ist. Auf Fahrbahnen die, schmaler sind als 5,50 Meter, ist grundsätzlich die gesamte Straßenbreite herzustellen. Mögliche verbleibende Restbreiten sind aus Qualitätsgründen aufzunehmen und neu anzupassen.

Beim Segmentpflaster von Kleinsteinen ist immer die ganze Feldbreite zu erneuern. Bei Pflasterflächen mit gebundener oberer Tragschicht mind. 35cm.

- (3) Bei sämtlichen Belagsherstellungen muss die im direkten Anschlussbereich verwendete Asphaltmischungsart (Kies- bzw. Schlackenzuschlag) eingebaut werden. In die Arbeitsfuge ist im Zuge der Feinbelagsaufbringung ein Fugenband bzw. ein Bitumenschmelzband (TOK-BAND) einzulegen. Entstehende Nähte dürfen nicht im Fahrspurenbereich ausgeführt werden.
- (4) Im Bereich von Fahrbahnen sind Übergriffe bei der bituminösen Tragschicht von jeweils 20cm auszuführen.
- (5) Die beim Aufbruch beschädigten Rand- oder Pflastersteine sind durch neue oder neuwertige zu ersetzen.
- (6) Bei der definitiven Wiederherstellung der Verkehrsflächen sind die Vorschriften der RVS 13.543 zu beachten.
- (7) Der Straßenverwaltung der Stadtgemeinde Ansfelden ist es vorbehalten, für die definitive Wiederherstellung der Verkehrsflächen nähere Vorschriften festzulegen, insbesondere über die Ausformung sowie das Ausmaß der Übergriffe, und darüber hinausgehende Wiederinstandsetzungsbreiten vorzuschreiben.

- (8) Bei Längsgrabungen in Gehsteigen mit einer Breite bis 2,0 m ist die gesamte Oberfläche zu erneuern (Tragdecke sowie Verschleißschichte). Weiters ist bei ungünstiger Künettenlage der Gehsteig über die gesamte Breite neu herzustellen. Die Entscheidung obliegt der Straßenverwaltung der Stadtgemeinde Ansfelden.
- (9) Bei Längsgrabungen auf schmalen Fahrbahnen (Richtwert: bis ca. 5,50m Breite) ist die Deckschicht über die gesamte Fahrbahnbreite neu herzustellen. Die Deckschicht ist bei breiten Fahrbahnen (Richtwert: ab ca. 5,50m Breite) zumindest für jede durch die Grabungsarbeiten betroffene Fahrspur in der gesamten Breite neu herzustellen. Fällt der Randbereich in die Nähe einer „Herstellungsnaht“, ist die Neuherstellung jedenfalls bis zur Naht durchzuführen.
- (10) Bei Fahrbahnquerungen ist die Mindestbreite von 2,00m einschließlich Übergriffen maschinell neu herzustellen. Die Breite des Bereichs zwischen zwei oder mehr hintereinanderliegenden Querungen, welche neu herzustellen ist, wird durch die Straßenverwaltung vorgeschrieben, wobei als Richtwert 10,00m verbleibende **Zwischenfläche** anzusetzen ist. (zeitlich begrenzt auf 5 Jahre zurückliegende Querungen jeglicher Leitungsträger.
- (11) Bei Ausnahmegenehmigungen wird im Zuge eines Lokalausweises entsprechend den Gegebenheiten eine komplette Neuherstellung vorgeschrieben.
- (12) Zerstörte oder niedergefahrene Rasenflächen sind so wiederherzustellen, dass nach Regulierung des Untergrundes guter Oberflächenumus in der ursprünglichen Tiefe frisch aufgebracht, saatkünftig geplant und mit standortgemäßer Rasenmischung besät wird.
- (13) Die endgültige Wiederherstellung der Grabungsflächen im Bereich von Fahrbahnen (Abfräsung und Einbau des Belages) nach Ablauf der Beruhigungsfrist kann auch durch die Stadtgemeinde Ansfelden auf Kosten des Bewilligungsinhabers bzw. Auftraggebers erfolgen.
- (14) Die Stadtgemeinde Ansfelden behält sich vor, eine Abnahme und Prüfung durch Druckversuche mittels Lastplatte oder schwerer Rammsonde durchführen zu lassen. Wenn die Ergebnisse der Abnahmeprüfung den Anforderungen nicht entsprechen, ist das Einvernehmen mit dem Straßenerhalter hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise (Sanierungsmaßnahmen, Qualitätsabzüge, etc.) herzustellen.
- (15) Nach definitiver Wiederherstellung muss vom Bauwerber eine Fertigstellungsmeldung an die zuständige Straßenverwaltung erfolgen.

§15 Räumung und Säuberung der Baustelle

Nach Beendigung der Arbeiten ist das übrigbleibende Material unverzüglich von der Baustelle zu entfernen und die **Verkehrsfläche** zu säubern.

IV. Besondere Bestimmungen für Einbauten

§ 16 Ausschluss dinglicher Rechte

Durch den Bestand der Leitungen und sonstigen Einbauten im **Straßenkörper** können dingliche Rechte nicht ersessen werden (§ 7 Oö. Straßengesetz 1991 idgF.). Auch findet kein Eigentumserwerb am Straßengrund nach § 418 dritter Absatz ABGB statt

§ 17 Änderungen

- (1) Die Straßenverwaltung der Stadtgemeinde Ansfelden ist berechtigt, die Änderungen bewilligter Leitungen und sonstigen Einbauten im Straßenkörper zu verlangen, wenn dies durch die Verlegung der Straße, deren Umbau oder sonstige Abänderungen oder aus Verkehrsrücksichten notwendig geworden ist.
- (2) Die Verfügungsberechtigten der Leitungen und sonstigen Einbauten im Straßenkörper sind in einem solchen Falle verpflichtet, auf Ihre Kosten die erforderlichen Abänderungen innerhalb der vorgeschriebenen Frist durchzuführen. Ein Anspruch auf Ersatz der Kosten, die aus der begehrten Änderung der Leitungen oder sonstigen Einbauten im Straßenkörper für die Verfügungsberechtigten entstehen, kann gegen die Stadtgemeinde Ansfelden nicht geltend gemacht werden.

V. Haftung und Ersatzvornahme

§ 18 Haftung

- (1) Der Bauführer und Bauherr (§ 3 Abs. 2) haften der Stadtgemeinde Ansfelden für alle unmittelbar oder mittelbar durch die Ausübung der Bewilligung, den Bestand und den Betrieb der Leitungen und sonstigen Einbauten im Straßenkörper verursachten Schäden, die aus der Nichterfüllung der Verpflichtung nach dieser Vorschrift entstehen. Der Träger der Bewilligung hat die Stadtgemeinde Ansfelden von Ansprüchen, die von Dritten wegen solcher Schäden erhoben werden, freizustellen.
- (2) Der Bauführer und Bauherr haben gegen die Stadtgemeinde Ansfelden keine Ansprüche auf Ersatz von Schäden, die sich bei Grabungsarbeiten ergeben, sowie Schäden, die am Bestand und Betrieb der Leitungen und sonstigen Einbauten im Straßenkörper durch den Straßenverkehr oder Arbeiten der Straßenverwaltung bzw. deren Mitarbeiter entstehen. Mit den Eigentümern anderer Leitungen bzw. sonstiger Einbauten im Straßenkörper hat sich der Träger der Bewilligung wegen Schadenersatzansprüchen unmittelbar ins Einvernehmen zu setzen.

§ 19 Ersatzvornahme

- (1) Kommt der Träger einer Bewilligung einer Verpflichtung nach dieser **Vorschrift** oder den darauf gegründeten Anordnungen nicht, nicht vollständig oder nicht zur gehörigen Zeit nach, ist die Stadtgemeinde Ansfelden berechtigt, hinsichtlich der mangelnden Leistung nach vorheriger Setzung einer Nachfrist von 14 Tagen auf Gefahr und Kosten des Verpflichteten eine Ersatzvornahme durchzuführen.
- (2) Der Verpflichtete hat die Kosten der Ersatzvornahme der Stadtgemeinde Ansfelden binnen zwei Wochen nach schriftlicher Bekanntgabe zu ersetzen.

VI. Schlussbestimmungen

§ 20 Rechtsnatur

- (1) Diese Grabungsordnung ist eine interne Dienstvorschrift. Sie ist als Dienst- und Geschäftsanweisung für alle Dienststellen der Stadtverwaltung verbindlich
- (2) Gegenüber außenstehenden Personen ist ihre Verbindlichkeit anlässlich der Erteilung der Bewilligung nach § 2 jeweils vertraglich sicherzustellen.

§ 21 Wirksamkeitsbeginn

Diese Grabungsordnung ist ab 20. April 2022 wirksam.

Ansfelden, am 20. April 2022

Der Bürgermeister:




Der Bürgermeister
Christian Partoll

Kriegsmittelerkundung vor Grabungsarbeiten, Zonierung gem. ONR 24406



Dr. Pöschel

BEILAGE ZUR GRABUNGSORDNUNG DER STADTGEMEINDE ANSFELDEN

Vorschriften des Stadtamtes Ansfelden für
Straßeninstandsetzungen nach Aufgrabungen

(Gemeinderatsbeschluss vom 19. April 2022)
in Anlehnung an die derzeit gültige RVS

Ansfelden, am 20. April 2022

INHALTSVERZEICHNIS

1) Anwendungsbereich

2) Allgemeines

3) Ausführung

3.1) Ungebundene Tragschichten

3.2) Gebundene Tragschichten

- Vorläufige Instandsetzung
- Endgültige Instandsetzung

3.3) Deckschichten

- Übliche Konstruktionen
- Neuwertige Konstruktionen
- Sonderfälle

4) Bauweisen

- Fahrbahn
- Bituminöse Decke
- Walzasphalt
- Walzasphalt auf Betonunterlage
- Walzasphalt auf bituminöser Tragschicht
- Gussasphalt
- Dünnschichtdecken
- Pflasterdecken, Mulden, Rinnsale
- Gehsteige, Gehwege, Radwege und dgl.
- Betondecke
- Bituminöse Decken
- Walzasphalt
- Gussasphalt
- Makadamdecke oder mech. Stab. Tragschicht
- Pflasterdecken

5) Anforderungen

6) Prüfungen

- Eignungsprüfung
- Kontrollprüfungen
- Abnahmeprüfung

7) Prüfverfahren

- Gesteinsmaterial
- Ungebundene Tragschichten
- Asphalt
- Bündigkeit
- Ebenheit
- Beton

8) Abnahme

9) Kosten der Prüfung

10) Gewährleistung

11) Erhaltung

12) Angeführte Richtlinien und Normen

1) Anwendungsbereich

Diese Beilage zur Grabungsordnung ist für die fachgerechte Wiederinstandsetzung von **Straßenkonstruktionen** auf öffentlichem Gut und sämtlichen Grundstücken der Stadtgemeinde Ansfelden (Fahrbahn, Gehsteig, Gehweg, Radweg und dgl.) über Leitungsgräben (Künetten) aller Art nach Aufgrabungen anzuwenden. Fahrbahnen im Sinne dieser Beilage sind auch Abstellflächen und Zufahrten.

2) Allgemeines

Grundsätzlich ist eine **aufgebrochene** Straßenbefestigung wieder so herzustellen, dass sie gegenüber ihrem ursprünglichen Zustand zumindest technisch gleichwertig ist. Die Beilage zur Grabungsordnung beschreibt in bautechnischer Hinsicht Arbeiten im Bereich der Instandsetzungszone, Das ist zwischen Oberkante der Verfüllzone und Straßenoberfläche (S. Abb. 1).

Es ist zwischen vorläufiger und endgültiger Instandsetzung zu unterscheiden.

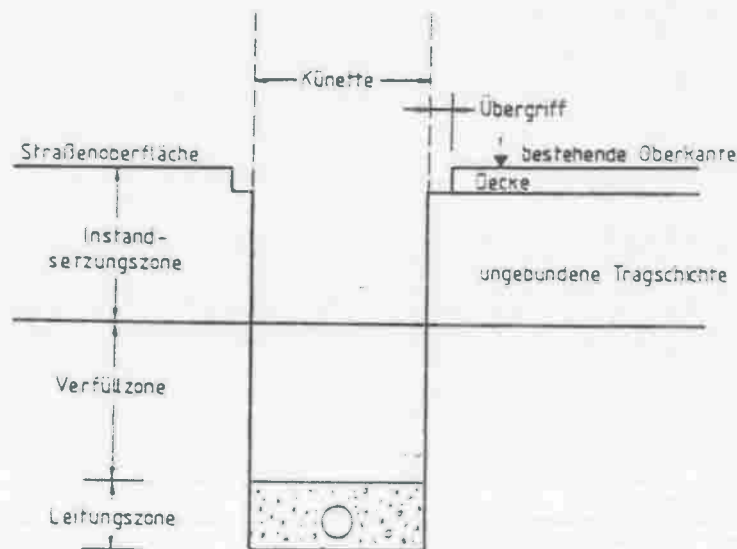


Abb. 1: Bezeichnung der Schichten

Die Instandsetzungszone umfasst den neu herzustellenden Straßenoberbau und reicht

- in befestigten Fahrbahnen bis zum Unterbauplanum des Altbestandes, jedoch mindestens 60 cm unter die Fahrbahnoberkante
- in befestigten Gehsteigen 40 cm unter die **Gehsteigoberkante**

Die unter der Instandsetzungszone liegenden Schichten müssen den Anforderungen gemäß RVS 8.03 Pkt. 5.5.3 bzw. § 11 der Grabungsordnung entsprechen.

Die ungebundenen Tragschichten sind in jedem Fall endgültig **wiederherzustellen**.

Die gebundenen Tragschichten sind grundsätzlich provisorisch herzustellen. Erst nach dem Abklingen der Setzungen darf mit der endgültigen **Wiederherstellung** der Deckschichten begonnen werden. Ausnahmsweise, nur wenn durch spezielle

Baustoffe und/oder Baumethoden im Bereich der Verfüllzone wie z.B. zementverfestigter Sand, Setzungen auszuschließen sind, darf die endgültige Instandsetzung der gebundenen Schichten sofort vorgenommen werden (siehe auch § 14 der Grabungsordnung).

Bauwerber	ist derjenige, der sich um eine Aufgrabungsbewilligung bewirbt (z.B. Leitungsberechtigte).
Bauführer	ist derjenige, der im fremden Auftrag und für fremde Rechnung als Unternehmer ein Bauwerk herstellen.
Straßenerhalter	ist derjenige, dem gemäß dem jeweiligen Straßenrecht die Erhaltung der Straßenanlagen obliegt.
Fachfirma	ist ein Unternehmen, das über die nötige Konzession, die erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit, sowie ausreichende technische und wirtschaftliche Mittel verfügt.
Kontrahent	ist diejenige Fachfirma, die vom Straßenerhalter für Wiederinstandsetzungen beauftragt ist.

Grundsätzlich sind die Arbeiten von einer Fachfirma für den Straßenbau durchzuführen.

3) Ausführung

Beim Aushub des Leitungsgrabens werden die Randzonen der alten Befestigung in der Regel aufgelockert; diese gestörten Randzonen der Trag- und Deckschichten sind zu entfernen.

Setzungen oder Schäden in angrenzenden Flächen, die als Folge der Aufgrabung entstanden sind, sind ebenfalls in die **Instandsetzung** einzubeziehen. Diese hat wie im Bereich der Künetten zu erfolgen.

Der Übergriff (über die Künettenbreite hinausgehende Instandsetzungsbreite) muss ausreichend gewählt werden und ist abhängig von:

- Stein- und Plattenformat
- Verbandsart
- Künettentiefe
- Beschädigung der Flächen außerhalb des Künettenbereiches
- Verbleibende Restbreite zu Randeinfassungen, Gebäude, Einbauten u.dgl.

3.1) Ungebundene Tragschichten

Ungebundene Tragschichten sind im Bereich von Leitungsgräben ausgebrochenem Material der Körnung 0/32 (korngestufte Kantkörnung und/oder wiederaufbereitete Baustoffe) herzustellen. Die Gleichwertigkeit und Umweltverträglichkeit wiederaufbereiteter **Baustoffe** ist nachzuweisen. Es darf nur unbedenkliches Material eingebaut werden. Das Material ist lagenweise mit dem **erforderlichen** Wassergehalt einzubauen.

Die Dicke jeder Lage ist dem verwendeten Verdichtungsgerät **anzupassen**

und darf im verdichteten Zustand 30 cm nicht überschreiten. Bei einer Künnettentiefe von weniger als 1 m ist für die Verfüllung das gleiche Material wie für die Herstellung der ungebundenen Tragschichten zu verwenden.

3.2) Gebundene Tragschichten

Grundsätzlich sind auch bei vorläufigen Instandsetzungen die Tragschichten in der Art herzustellen, wie sie für die endgültige Instandsetzung vorgesehen sind. Das betrifft bei bituminösen Bauweisen im Besonderen die Auswahl der Mischguttype, die Einhaltung der Anforderungen an die Verdichtung und die Herstellung des Übergriffes. Die minimal zulässige Einbautemperatur gemäß RVS 8.05.14 muss auch bei kleinflächigen **Arbeitsbereichen** eingehalten werden.

Es ist daher zu berücksichtigen, dass sich im provisorischen Bauzustand (bis zur endgültigen Belagsherstellung) die Schichtstärke der bituminösen Tragschichte Fahrbahnen um 2,5 – 3,0cm, Gehsteige- Radwege um 2,0cm erhöht und damit gegebenenfalls ein Einbau in 2 Lagen (laut RVS) erforderlich wird.

3.2.1) Instandsetzungsart

Die vorläufige Instandsetzung gebundener Schichten ist im Normalfall mit bituminösem Heißmischgut auszuführen. In Sonderfällen (z.B. bei geringer Verkehrsbelastung) darf auch bituminöses Kaltmischgut verwendet werden. Bei der endgültigen Instandsetzung ist die vorläufige Abdeckung aus Asphaltmischgut zu entfernen und die ungebundene Tragschicht auf das endgültige Planum zu bringen.

	Asphaltmischgut	
	heiß (Normalfall) Schichtdicke mindestens	kalt (Sonderfall) Aufwandmenge mindestens
Fahrbahnen	10 cm	80 kg/m ² , etwa 4 cm
Gehsteige, Radwege	6 cm	50 kg/m ² , etwa 2,5 cm

Tabelle 1: Materialbedarf

Die endgültige Belagsherstellung darf erst nach einer gesondert festgelegten Setzungsfrist erfolgen. Dabei sind die gebundene Tragschicht und die Deckschicht nachdem Entfernen der vorläufigen Instandsetzung unter Berücksichtigung der Übergriffe und Mehrbreiten unmittelbar nacheinander herzustellen. Die Wiederherstellung der Verkehrsflächen muss grundsätzlich in der Art des vorhandenen Bestandes bewerkstelligt werden. Vor Belagsaufbringung ist der Untergrund gemäß RVS zu reinigen und vorzuspritzen.

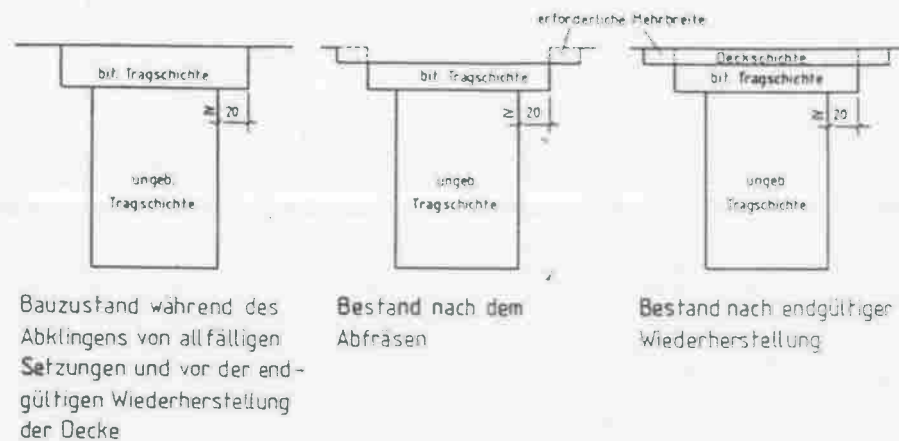


Abb. 2: Instandsetzungsart

Dicken und Art der Ausführung sind den Bauweisen gemäß Pkt. 4 zu entnehmen. Decken und gebundene Tragschichten sind in den gleichen Dicken, wie in den angrenzenden Flächen auszuführen, jedoch mindestens im Pkt. 4 genannten **Schichtdicken**.

3.2.2) Instandsetzungsbreiten

Mindestbreite des Übergriffes ist je Künettenseite: z.B. (bei Spleißgruben) auf breiten Fahrbahnen, wobei im Einzelfall immer in Form eines Lokalausganscheines entschieden wird, wie die Wiederherstellung zu erfolgen hat.

- 20cm auf Fahrbahnen
- 15cm auf Gehsteigen
- 35cm bei Pflasterflächen mit gebundener oberer Tragschicht

Wobei grundsätzlich auf Geh- und Radwege die gesamte Breite herzustellen ist. Auf Fahrbahnen, die schmaler sind als 5,50 Meter, ist grundsätzlich die gesamte Straßenbreite herzustellen.

Mögliche verbleibende Restbreiten sind aus Qualitätsgründen aufzunehmen und neu anzupassen.

Beim Segmentpflaster von Kleinsteinen ist immer die ganze Feldbreite zu erneuern. Bei Pflasterflächen mit gebundener oberer Tragschicht mind. 35cm.

Die **Stadtgemeinde Ansfelden** behält sich das Recht vor, darüber hinausgehende Wiederinstandsetzungsarbeiten vorzuschreiben.

3.3) **Deckschichten**

Bei sämtlichen Belagsherstellungen muss die im direkten Anschlussbereich verwendete Asphaltmischungsart (Kies- bzw. Schlackenzuschlag) eingebaut werden. In die Arbeitsfuge ist im Zuge der Feinbelagsaufbringung ein Fugenband bzw. ein Bitumenschmelzband (TOK-BAND) einzulegen. Entstehende Nähte dürfen nicht im Fahrspurenbereich ausgeführt werden. Deckschichten sind niveaugleich herzustellen. Das Erscheinungsbild muss **weitestgehend** dem Altbestand entsprechen. Die Ausbildung der Ränder muss scharfkantig und **geradlinig** sein (z.B. Fräsen oder Schneiden).

3.3.1) Längsgrabungen

Die Deckschichte ist bei schmalen Fahrbahnen (Richtwert: bis ca. 5,50m Breite) über die gesamte fahrbahnbreite neu herzustellen. Die Deckschichte ist bei breiten Fahrbahnen (Richtwert: ab ca. 5,50m Breite) zumindest für jede durch die Grabungsarbeiten betroffene Fahrspur in der gesamten Breite neu herzustellen. Fällt der Randbereich in die Nähe einer „Herstellungsnacht“, ist die Neuherstellung jedenfalls bis zur Nacht durchzuführen.

3.3.2) Querungen

Bei Fahrbahnquerungen ist die Mindestbreite von 2,00m einschließlich Übergriffen maschinell neu herzustellen. Die Breite des Bereiches zwischen zwei oder mehr hintereinanderliegenden Querungen, welche neu herzustellen ist, wird durch die Straßenverwaltung vorgeschrieben, wobei als Richtwert 10,00m verbleibende Zwischenfläche **anzusetzen** ist. (zeitlich begrenzt auf 5 Jahre zurückliegende Querungen jeglicher Leitungsträger)

3.3.3) Bei Ausnahmegenehmigungen wird im Zuge eines Lokalaugenscheins entsprechend den Gegebenheiten eine komplette Neuherstellung vorgeschrieben.

3.3.4) Bei Gehsteigen und Radwegen ist die Deckschichte über die gesamte Breite neu herzustellen.

3.3.5) Bei Punktgrabungen werden die neu herzustellenden Flächen in Anlehnung an die o.a. Festlegungen im Zuge eines Lokalaugenscheins festgelegt.

3.3.6) Stiegenanlagen sind gesondert, auch bezüglich statischer Erfordernisse zu behandeln.

4) **Bauweisen**

Durch die folgenden Überschriften wird der Altbestand beschrieben. Für die einzelnen Bauweisen ist die Art der Instandsetzung angegeben. Alle Maße sind in cm angegeben.

4.1) **Fahrbahnen**

Zufahrten und Abstellflächen sind wie Fahrbahnen instand zu setzen.

4.1.1) Bituminöse Decken

4.1.1.1) Walzasphalt

4.1.1.1.1) Walzasphalt auf Betonunterlage oder Pflaster

Asphaltbeton (mind. 4 cm) auf Zementbeton in der gleichen Dicke wie in den angrenzenden Flächen oder in Ausnahmefällen auf einer bituminösen Tragschicht mindestens 20 cm dick.

4.1.1.1.2) Walzasphalt auf bituminöser Tragschicht (Regelfall)

Mindestens 3 cm Asphaltbeton auf einer bituminösen Tragschicht in der gleichen Dicke wie in den angrenzenden Flächen, jedoch mindestens 8 cm.

4.1.1.2) Gussasphalt

Gussasphalt mit oder ohne Bindschicht auf Betonunterlage oder bit. Tragschicht

Gussasphalt mit oder ohne Bindschicht auf Zementbeton oder bit. Tragschicht in der gleichen Dicke und der gleichen Art wie in den angrenzenden Flächen. In Ausnahmefällen darf anstatt des Unterbetons eine bit. Tragschicht eingebaut werden.

4.1.1.3) Dünnschichtdecken

Die Instandsetzung hat sinngemäß wie im Falle von Walzasphalt Pkt. 4.1.1.1 zu erfolgen, Einbaustärke für Belag 2 – 2,5 cm.

4.1.2) Pflasterdecken, Mulden, Rinnsale etc.

Pflasterdecken aus Groß- oder Kleinpflastersteinen

Mit gleichartigen und gleichwertigen Pflastersteinen grundsätzlich auf 3 cm Sandbettung und der gleichen Oberbaukonstruktion wie im anschließenden Bereich. Die Verfugung ist mit einem Sand-Zement-Gemisch herzustellen.

4.2) Gehsteige, Gehwege, Radwege und dgl.

4.2.1) Betondecke

Einschichtige Betondecken sind in ganzen Feldern wiederherzustellen, einschließlich Ausbilden der Fuge.

4.2.2) Bituminöse Decken

4.2.2.1) Walzasphalt

Walzasphalt auf Zementbeton, bit. Tragschichte oder Pflaster
In der gleichen Dicke, auf Zementbeton oder auf einer bituminösen Tragschicht mindestens aber 6 cm dick.

4.2.2.2) Gussasphalt

Gussasphalt glatt oder geriffelt auf Zementbeton oder auf einer bituminösen Tragschicht

Gussasphalt glatt oder geriffelt auf Zementbeton oder auf einer mind. 8 cm dicken bituminösen Tragschicht, jedoch in der gleichen Dicke wie in den angrenzenden Flächen.

Bei Längskünetten sind die im verbliebenen Gussasphalt vorhandenen Querfugen auch im **Künettenbereich** auszubilden und mit Fugenvergussmasse zu vergießen.

4.2.3) Makadamdecke oder mech. Stab. Tragschichte

Die ungebundenen Tragschichten sind mit gleichartigen Materialien und in dergleichen Dicke.
Minstdicke 15 cm.

4.2.4) Pflasterdecken

Pflasterdecken aus Groß-, Klein- oder anderen Pflastersteinen auf Sand, U-Beton, bit. Tragschichte oder ungebundener Tragschichten.

5) Anforderungen

Es gelten folgende Bestimmungen und Anforderungen für Baustoffe und Schichten

- Ungebundene Tragschichten gemäß RVS 8 5.11 bzw. RVS 8.512
- Bituminöse Tragschichten gemäß RVS 8.05.14
- Zementbeton gemäß ÖNORM B 4200 Teil 10, RVSA 8.06.32 und RVS 11.6.11
- Bituminöse Decken gemäß RVS 8.06.27
- Decken aus Gussasphalt gemäß RVS 8.6.29
- Dünnschichtdecken gemäß RVS 8.06.25
- Oberflächenbehandlungen gemäß RVS 8.06.24
- Pflastersteine gemäß ÖNORM B 3108 soweit nicht Altbestände verwendet werden

- Die Anforderungen für wiederaufbereitete Baustoffe sind gesondert festzulegen
- Bündigkeit gemäß Punkt 7.4 max. 4 mm

6) **Prüfungen**

6.1) **Eignungsprüfung**

Eignungsprüfungen dienen dem Nachweis der Eignung der zum Einsatz vorgesehenen Baustoffe und der daraus hergestellten Produkte. Der Nachweis der Eignung ist vom Auftragnehmer in Form eines – Prüfberichtes unter Angabe der **nachstehenden** Ermittlungen nach Pkt. 7 oder wenn der Auftraggeber dies verlangt, in Form von **Materialproben** eine Woche vor Einbaubeginn zu erbringen.

Sofern sich die Qualität der Baustoffe und der daraus hergestellten Produkte nicht geändert haben, kann auf Eignungsprüfungen, die nicht älter als ein Jahr sind, zurückgegriffen werden. Nachzuweisen sind die Kennwerte gemäß Punkt 5.

6.2) **Kontrollprüfungen**

Kontrollprüfungen sind laufende Prüfungen des Auftragnehmers, um festzustellen, ob die Güteeigenschaften der Baustoffe oder der fertigen Leistung den vertraglichen Anforderungen entsprechen.

Die Kontrollprüfung ist vom Auftragnehmer durchzuführen, die Ergebnisse sind dem Auftraggeber auf dessen Verlangen innerhalb von sieben Arbeitstagen vorzulegen. Werden Baustoffe nach anerkannten Bedingungen der Gütesicherung erzeugt, entfällt die Verpflichtung zu diesbezüglichen Kontrollprüfungen.

6.3) **Abnahmeprüfung**

Abnahmeprüfungen sind Prüfungen des **Auftraggebers** zur Feststellung, ob die Güteeigenschaften der Baustoffe und der fertigen Leistungen den vertraglichen Anforderungen entsprechen; ihre Ergebnisse sind der Abnahme und Abrechnung zugrunde zu legen.

Umfang und Anzahl der Kenngrößen für die Beschreibung der Baustoffe sind, wenn im Folgenden nichts anderes angeführt ist, den **nachstehend** angeführten Vorschriften zu entnehmen. Wenn der Auftraggeber nicht gleichzeitig Straßenerhalter ist, haben Probenahmen und Prüfungen im Feld in Gegenwart von Vertretern des Auftraggebers und des Auftragnehmers sowie des **Straßenerhalters** zu aller Beteiligten zu **Sorgen**.

Die **Überprüfung** der Kennwerte für Mischgut erfolgt gemäß RVS 8.05.14, 8.06.25, 8.06.27, 8.6.29, jedoch mindestens einmal je Sorte, Hersteller, Bauvorhaben (gleicher Auftraggeber, gleiches Gebiet) und Herstellungsjahr.

Die Abnahmeprüfung bei Decken und Tragschichten aus Beton hat sinngemäß nach RVS 8.06.32, RVS 11.6.11 zu erfolgen.

Die folgenden Prüfungen bzw. Untersuchungen sind vom Bauwerber einzukalkulieren und auf Verlangen des Straßenerhalters zu erbringen.

Die Anzahl und Örtlichkeiten der zu prüfenden Stellen sind vor Ort mit der jeweiligen akkreditierten Prüfanstalt und einem Vertreter der Stadtgemeinde Ansfielden festzulegen und durchzuführen.

- Kernbohrungen, die geforderten Werte sind:
 - Schichtstärke (BT und AB)
 - Mischgutsorte
 - Schichtverbund
 - Hohlraumgehalt
- Druckversuche mittels Lastplatte oder schwerer Rammsonde

7) Prüfverfahren

Für Baustoffe und Schichten sind diejenigen Prüfverfahren heranzuziehen, die zur Prüfung der **Anforderungen** (sh. Pkt. 5) in den diesbezüglichen Richtlinien und Vorschriften genannt sind.

Prüfungen im Sinne dieser RVS umfassen die Probenahmen und Ausfertigung der Entnahmeprotokolle, Ermittlung der Kennwerte, Ausfertigung der Prüfberichte für Auftraggeber, Auftragnehmer und Straßenerhalters.

Im Einzelnen sind folgende Vorschriften und Richtlinien maßgebend:

ÖNORM B 3120
ÖNORM B 3680 Teil 1
ÖNORM EN 58
RVS 11.063

7.1) Gesteinsmaterial

ÖNORM B 3123, B 3129, RVS 11.061, RVS 11.062, RVS 8.511 und RVS 8.5.12

7.2) Ungebundene Tragschichten

Schichtdecken sind durch Stichmaß vor und nach Herstellung der Schichten zu bestimmen. Die Messung des Verformungsmoduls hat gemäß ÖNORM B 4417 zu erfolgen.

7.3) Asphalt

Die Kennwerte sind gemäß DIN 1996 zu ermitteln. Dicke und Raumdichte sind an Bohrkernen oder zerstörungsfrei gem. RVS 11.063 zu bestimmen. Die Dicke darf auch mittels Stichmaß vor Herstellung der Schichten gemessen werden.

7.4) Bündigkeit

Der bündige Anschluss zum Altbestand ist mit einer 2 m Messlatte aus Metall zu ermitteln.

7.5) Ebenheit

Die Ebenheit in der Künettenlängsrichtung ist in der Regel mit der 4 m Latte und Messkeil zu messen.

7.6) Beton

Die Kennwerte sind gem. ÖNORM B 3303, B 3304, B 3307, B 4200 Teil 10 und RVS 8.06.32, RVS 11.611 zu ermitteln.

7.7) Pflaster

Die Kennwerte neuer Steine sind gem. ÖNORM B 3108 zu ermitteln.

8) Kosten der Prüfung

Die Kosten für die Eignungs- und Kontrollprüfung trägt der Auftragnehmer. Die Kosten für die Abnahmeprüfung trägt der **Leitungsberechtigte** z.B. Gas, E-Werk, Post, Kanal. Die Kosten eingrenzender Prüfungen trägt der Veranlasser. Die Kosten einer Schiedsuntersuchung trägt derjenige, zu dessen Ungunsten das Ergebnis ausfällt.

9) Gewährleistung

Die Gewährleistung erfolgt gem. RVS 10111, bzw. ÖNORM B 2117, hat aber mind. 3 Jahre zu betragen.

10) Abnahme

Der Abnahme sind die Ergebnisse der Abnahmeprüfung gemäß Punkt 6 zu Grunde zulegen. Die Abnahme ist gemäß Punkt 6.3 vorzunehmen. Wenn die Ergebnisse der Abnahmeprüfung den **Anforderungen** nicht entsprechen, ist das Einvernehmen mit dem Straßenerhalter hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise (Sanierungsmaßnahmen, Qualitätsabzüge, etc.) herzustellen.

11) Erhaltung

Die vorläufige wiederhergestellte Straßendecke ist auf Gefahr und Kosten des Bauwerbers bis zum Beginn der endgültigen Wiederherstellung in verkehrssicherem Zustand zu erhalten.

Ab Baubeginn bis zur endgültigen Wiederherstellung der Straßendecke durch die Fachfirma haftet der Bauführer für den verkehrssicheren

Zustand der vorläufigen wiederhergestellten Straßendecke.
 Restliche Abschnitte noch wiederherzustellender Verkehrsflächen verbleiben bis zur Inangriffnahme der endgültigen Wiederherstellung in der Erhaltungspflicht des Bauführers der Aufgrabung.
 Nach definitiver Wiederherstellung muss vom Bauwerber eine Fertigstellungsmeldung an die zuständige Straßenverwaltung erfolgen.

12) **Angeführte Richtlinien und Normen**

RVS 8.03	Technische Vertragsbedingungen Entwässerungsarbeiten
RVS 8.511 RVS 8.512	Technische Vertragsbedingungen für Straßenbauten, Oberbauarbeiten, Tragschichten, ungebundene Tragschichten
RVS 8.05.14	Technische Vertragsbedingungen für Oberbauarbeiten, Tragschichten, bituminöse Tragschichten im Heißmischverfahren
RVS 8.06.24	Technische Vertragsbedingungen für Deckenarbeiten, bituminöse Decken, Oberflächenbehandlungen
RVS 8.06.25 RVS 8.06 27	Technische Vertragsbedingungen für Deckenarbeiten, bituminöse Decken, Walzasphalt
RVS 8.629	Technische Vertragsbedingungen für Deckenarbeiten, bituminöse Decken, Gussasphalt
RVS 8.06.32	Technische Vertragsbedingungen für
RVS 8.632	Deckenarbeiten, Betondecken, Deckenherstellung
RVS 10.111	Besondere Vertragsbedingungen
RVS 11.062	Baudurchführung
RVS 11.061	Grundlagen, Prüfverfahren, Steinmaterial
RVS 11.063	Baudurchführung, Grundlagen, Prüfverfahren, zerstörungsfreie Prüfung von bituminösen Tragschichten und Decken
RVS 11.611	Baudurchführung Betondecken, konstruktive Einzelheiten
ÖNORM B 3108	Natürliche Gesteine, Einfassungs- und Pflastersteine, Anforderungen, Abmessungen
ÖNORM B 3120 (Teil 3)	Natürliche Gesteine Probenahme, Gesteinskörnung
B 3123	Verwitterungsbeständigkeit
ÖNORM B 3128	Prüfung von Naturstein und von anorganischen Baustoffen, Prüfung von Körnungen in der Los-Angeles-Trommel
ÖNORM B 3303	Betonprüfung

ÖNORM B 3304	Betonzuschläge aus natürlichem Gestein Begriffe, Anforderungen, Prüfungen, Lieferung und Güteüberwachung
ÖNORM B 3307	Transportbeton
ÖNORM B 3680 (Teil 1)	Prüfung bituminöser Massen für den Straßenbau und verwandte Gebiete. Auswertung der Prüfergebnisse
ÖNORM B 4200 (Teil 10)	Beton Herstellung und Überwachung
ÖNORM B 4417	Durchführung von Lastplattenversuchen
ÖNORM EN 58	Probenahme bituminöser Bindemittel